

ONLINE-PUBLIKATION

John McDonnell,
Andrew Fisher, Max Harris,
Ali Milani und Madeleine Williams

Die Zukunft gestalten

Eckpunkte eines progressiven Programms

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

Die Publikation entstand im Rahmen von «Claim the Future», einem Kooperationsprojekt des Londoner Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit John McDonnell, Mitglied des Unterhauses und ehemaliger Schattenkanzler der Labour-Partei. Die Beiträge wurden in Diskussionsrunden ausgearbeitet, an denen viele Menschen mitwirkten, darunter – neben John McDonnell – Madeleine Williams, Max Harris, Andrew Fisher und Ali Milani.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 10/2021

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: August 2021

Übersetzer: Lennart Zipf

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Erstellt mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes (AA). Für diese Publikation ist alleine die Herausgeberin verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Zuwendungsgebers wieder. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Einführung	4
Zukunft gestalten – aber wie?	5
Beschäftigungsgarantie – Arbeit wertschätzen und Arbeiter*innen stärken	6
Neues Arbeitsbeschaffungsprogramm	7
Garantiertes Grundeinkommen – Niemand darf in Armut leben	8
Neuausrichtung der sozialen Sicherung	9
Wohngarantie – Ein Zuhause für alle	9
Neuausrichtung der Wohnungspolitik	10
Schuldenerlass – Verschuldung im In- und Ausland bekämpfen	10
Schuldenerlassprogramm für die Inlandsverschuldung	11
Schuldenerlassprogramm für den globalen Süden	11
Garantierte Pflegeleistungen – Aufbau eines landesweiten Pflegedienstes	12
Neuausrichtung des NHS und der Pflegedienste	13
Gerechter Übergang in eine nachhaltige Zukunft	14
Neuausrichtung der Umweltpolitik	14
Unsere Wirtschaft gehört allen – Rechte von Migrant*innen stärken	15
Reset-Programm für Gerechtigkeit für Migrant*innen	16
Wie bezahlen wir die Zukunft?	17
Neuausrichtung der Steuerpolitik	17
Neustart für die Finanzpolitik	18
Wie geht es weiter?	19

EINFÜHRUNG

In unserer Gesellschaft findet ein Kampf statt. Die Mainstream-Medien berichten kaum darüber, doch er ist real und täglich zu beobachten.

Auf der einen Seite stehen jene Menschen, die die Austeritätspolitik der letzten zehn Jahre und die erste Welle der Pandemie hautnah miterlebt haben. Sie streben nach Veränderung. Ihnen gegenüber steht das Establishment, das verzweifelt versucht, Reichtum und Macht zu erhalten.

Die Pandemie ist ein Stresstest für das Funktionieren unserer Gesellschaft und der Wirtschaft. Die harte Realität des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts wurde hierbei schonungslos offengelegt.

Diese Realität bedeutet für Millionen von Menschen Armutslöhne und einen täglichen Kampf ums Überleben. Die soziale Sicherung bietet längst keine Sicherheit mehr. Die chronische Unterfinanzierung der sozialen Fürsorge lässt Tausende vernachlässigt zurück.

In Zeiten der Pandemie wurden die Schwächen und Fehler des Systems aufgedeckt, aber auch die vorherrschende Meinung bezüglich der Wirtschaftssteuerung muss gezwungenermaßen hinterfragt werden. Der Markt hat offenkundig nicht immer recht. Das Dogma vom guten privaten Sektor und der bösen öffentlichen Hand in Bezug auf öffentliche Dienstleistungen mündete nicht nur in Abzockerei, sondern auch in eine schlechte, manchmal sogar gefährliche Qualität in der Bereitstellung dieser Dienste, auf die wir letztlich alle angewiesen sind. Der von den Reichen auf unsere Kosten angehäufte Wohlstand ist nicht nach unten durchgesickert.

Die erste Welle der Pandemie führte zu großer Not und vielen persönlichen Tragödien, brachte bei vielen Menschen jedoch auch eine ungeheure Solidarität zum Vorschein. Dies sorgte für erste Anzeichen von Optimismus, dass aus dieser Situation Lehren gezogen und Veränderungen folgen würden. Seitdem sind weitere Zehntausende Menschen gestorben, und es fühlt sich an, als stünden wir wieder ganz am Anfang – ohne die vor Monaten zur Bewältigung der Pandemie versprochenen sozialen Sicherungssysteme.

Covid ist eine existenzielle Bedrohung für uns alle, die von Premierminister Boris Johnson und seinen Minister*innen mit haarsträubender Inkompetenz, Unaufrichtigkeit und Vertuschungsversuchen nur noch schlimmer gemacht wurde. Minister*innen und Berater*innen haben ungestraft Sicherheitsvorschriften missachtet und damit unnötigerweise zur Spaltung der Gesellschaft beigetragen. Dies gefährdete letztlich auch die Integrität des Vereinigten Königreiches. Für jene ihrer Freund*innen, die im Laufe der Pandemie lukrative Verträge mit der Regierung abgeschlossen haben, war die Krise hingegen sehr pro-

fitabel. Viele Unternehmen wurden ökonomisch bedingungslos unterstützt. Dies hatte zur Folge, dass Unternehmen ihren Arbeiter*innen zunächst ohne Einschränkungen kündigen konnten, nur um sie dann zu geringeren Bezügen wieder einzustellen. Auf diese Weise wurden hart erkämpfte Anstellungsbedingungen untergraben.

Nachdem die Regierung diese Unterstützungen nunmehr kürzt, werden Massenentlassungen durchgesetzt und der Arbeitsplatzabbau beschleunigt sich rapide. Prognosen sagen eine noch höhere Arbeitslosigkeit als während der 1980er Jahre voraus, wovon junge Menschen am stärksten betroffen sein werden. Eine neue verlorene Generation wächst heran.

Unseren Bürger*innen drohen Arbeitsplatzverluste, Angriffe auf ihre Löhne, erhöhte Verschuldung und Zwangsräumungen. Hiergegen zu mobilisieren, ist dringlicher denn je.

Ebenso wichtig wie die Bewältigung der Alltagsprobleme ist es jedoch, in die Zukunft zu blicken und die Gesellschaft nach unseren Wünschen zu gestalten. Niemals wieder wollen wir von einer Krise derart ungeschützt und unvorbereitet getroffen werden. Wir wollen eine Gesellschaft, die den Menschen jene Dinge garantiert, nach denen sie von Natur aus streben: Sicherheit, Hoffnungen und Träume.

Wir müssen die Zukunft gestalten. Ergreifen wir diese Chance nicht, werden es andere tun. Dann werden sich die im Interesse der Konzerne handelnden Politiker*innen des Establishments durchsetzen.

Das Risiko hierbei ist eine Wiederholung der Geschehnisse rund um den Finanzcrash von 2008. Damals versäumten es die fortschrittlichen Kräfte, eine alternative Politik aufzuzeigen, und ließen somit zu, dass das politische Vakuum von den Rechten gefüllt wurde. Dieser Crash entlarvte ein groteskes, auf Gier basierendes und jenseits jeglicher demokratischer Kontrolle agierendes Wirtschaftssystem. Dem Establishment gelang es jedoch schnell, den Mantel des Schweigens über die Krise zu decken und zur Tagesordnung überzugehen.

Hierauf folgten zehn Jahre brutale Austeritätspolitik, die großes Leid verursachten und viele Menschenleben kosteten.

Die Geschichte hat uns gelehrt, dass eine Rezession dieses Ausmaßes nicht nur die Lebensgrundlage einer ganzen Generation zerstört, sondern auch einen gefährlichen Nährboden für die radikale Rechte darstellt.

Das Projekt «Claim the Future» versammelt ein breites Spektrum von Politikexpert*innen und Aktivist*innen, um über den Entwurf einer neuen Zukunft zu diskutieren. Außerdem soll eine Vernetzung von Aktivist*innen mit Politikanalytiker*innen und Wissen-

schaftler*innen ermöglicht werden, damit Ansätze dieser neuen Gesellschaft bereits in die jetzt anlauf-

enden Kampagnen und politischen Lösungsansätze einfließen können.

ZUKUNFT GESTALTEN – ABER WIE?

Angesichts einer 80-Sitze-Mehrheit der Konservativen im Parlament und größtenteils feige agierenden Medien stellt sich die Frage: Wie gestalten wir unsere Zukunft? Wie können wir einen grundlegenden politischen und ökonomischen Wandel erreichen?

Die letzten beiden großen politischen Paradigmenwechsel wurden von der Labour-Regierung der Nachkriegszeit und der Thatcher-Regierung der 1980er Jahre herbeigeführt. Beide vollzogen einen radikalen Wandel, indem sie sich nicht mit der Veröffentlichung einer langen Liste politischer Maßnahmen begnügten, sondern entlang ihrer Leitsätze eine gesellschaftliche Vision entwarfen und somit die Gunst der Stunde für Veränderung nutzten.

Attlees Labour-Partei sah in dieser Vision eine Gesellschaft, die auf Solidarität, kollektivem Handeln und öffentlichem Eigentum aufgebaut war. Thatchers Konservative hingegen setzten auf Individualismus, Marktkonkurrenz und Privateigentum. Beide Leitsätze bestimmten die politische Ökonomie weit über ihre jeweilige Generation hinaus in einem solchen Maße, dass der politische Gegner Teile davon übernahm.

Nach einem Jahrzehnt der Austeritätspolitik birgt die Pandemieerfahrung das Potenzial, der bereits schwankenden Hegemonie des neoliberalen Gedankenguts des Thatcherismus den Todesstoß zu versetzen. Das Tor des Wandels steht offen.

Entgegen der Behauptungen der Thatcherianer*innen, denen zufolge so etwas wie eine Gesellschaft überhaupt nicht existiert, hat uns die Pandemie gelehrt, dass wir eine Gemeinschaft sind. Wir sorgen füreinander und wir brauchen einander.

Die Pandemie und die Unterstützung der Betroffenen hätten ohne kollektives Handeln und gegenseitige Unterstützung nicht bewältigt werden können. Von entscheidender Bedeutung waren hierbei nicht nur die staatlichen Unterstützungsleistungen, sondern auch die vielfältigen Formen gegenseitiger Hilfe.

In einer Gesellschaft und einem Wirtschaftssystem, in denen Macht und Reichtum ohnehin bereits ungleich verteilt sind, wird diese Ungleichheit durch die Förderung des Individualismus zusätzlich verschärft. In brutaler Konsequenz schlägt sich dies in den höhe-

ren Todeszahlen in wirtschaftlich unterentwickelten Gegenden und in den Communities ethnischer Minderheiten¹ nieder.

In einer von der Pandemie lahmgelegten Wirtschaft werden die Märkte größtenteils irrelevant. Zudem hat sich das Konzept der Privatisierung in vielen Wirtschaftssektoren (wie etwa dem Transportwesen) als nicht nachhaltig erwiesen, in der Sozialfürsorge gar als gefährlich untauglich. Die Pandemie hat uns die Überflüssigkeit des Neoliberalismus deutlich vor Augen geführt, inklusive eines deutlichen Fingerzeigs für den Umgang mit der nächsten Krise: die existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel.

Der Kampf um ein neu ausgerichtetes Wirtschaftssystem mit neuen Richtlinien muss jetzt geführt werden, geschärft durch die während der Pandemie gemachten Erfahrungen. Ein Wirtschaftssystem, das eine universelle Grundversorgung garantiert mit Blick auf das Recht auf Arbeit, Bildung, ein lebenswertes Zuhause, auf medizinische Behandlung und Pflege, sowie darüber hinaus ein Einkommen, das eine gute Lebensqualität gewährleistet. Ein Wirtschaftssystem, in dem sich die finanzielle Entlohnung für den gesellschaftlichen Beitrag eines Menschen nicht nur an dessen Marktwert, sondern vor allem an dessen Wert für die Allgemeinheit orientiert. Ein Wirtschaftssystem, das auf Gemeinschaft fußt, Menschen zusammenbringt und Gemeinden im ganzen Land dabei unterstützt, wieder aufblühen zu können. Und nicht zuletzt – angesichts des immer weiter voranschreitenden Klimawandels – ein in seinem Kern nachhaltiges Wirtschaftssystem. Jede ökonomische Entscheidung muss den Erhalt des Lebens auf diesem Planeten und die Rechte zukünftiger Generationen gewährleisten. Bevor wir eine solche Gesellschaft erschaffen können, warten einige unmittelbare Herausforderungen auf uns. Um diese bewältigen zu können, brauchen wir neue wirtschaftliche Leitlinien, die spezifische politische Alternativen ermöglichen. Diese politischen Forderungen können die Grundlage für die Mobilisierung einer neuen Bewegung bilden. Nur mithilfe solcher Bewegungen können wir ein Stimmungsbild in der Öffentlichkeit erzeugen, das stark genug für einen grundlegenden Wandel ist.

¹ Im Vereinigten Königreich wird für diese Communities die Abkürzung BAME (für *Black, Asian, and minority ethnic*, also Schwarze, asiatische und ethnische Minderheiten) verwendet.

BESCHÄFTIGUNGSGARANTIE – ARBEIT WERTSCHÄTZEN UND ARBEITER*INNEN STÄRKEN

Die Corona-Krise hat unsere Abhängigkeit von sogenannter systemrelevanter Arbeit offenbart – von den Pfleger*innen in unseren Pflegeheimen und den Bus- und Bahnfahrer*innen bis hin zu den für die Minimierung des Infektionsrisikos unerlässlichen Reinigungskräften. Sie sind es, die für die Gesundheit, Pflege und Lebensgrundlage der Menschen, für ihre Unterkünfte und ihre Mobilität sorgen. Es wurde jedoch gleichzeitig überdeutlich, dass die Löhne und Arbeitsbedingungen vieler dieser Arbeiter*innen zeigen, wie wenig sie seitens der Arbeitgeber*innen und der Regierung wertgeschätzt werden.

3,7 Millionen Menschen sind in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt, davon fast eine Million mit Null-Stunden-Verträgen, also ohne eine garantierte Arbeitszeit. Ungesicherte Arbeitsverhältnisse haben derweil auch in anderen Branchen Einzug gehalten, etwa im Banken- und Bildungswesen.

Der Chefökonom der Bank of England bezeichnet die Geschehnisse der letzten zehn Jahre als «Lohnkatastrophe». Die Wochenlöhne bewegten sich bereits vor der Pandemie unter dem Niveau von 2008. Die Erwerbstätigenarmut ist seit 1996/97 um ein Drittel gestiegen. Das gesetzliche Krankengeld liegt bei kümmerlichen 95,85 Pfund Sterling (rund 113 Euro) pro Woche, und viele Arbeiter*innen mit Null-Stunden-Verträgen sowie Freiberufler*innen haben hierzu überhaupt keinen Zugang.

Niedriglöhne sind das Resultat einer jahrzehntelangen Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte.

Margaret Thatchers Ziel war es, «die Gewerkschaften ein für allemal zu zerschlagen». Sie führte Gesetze ein, die Entschädigungen für ungerechtfertigte Entlassungen reduzierten, die Bestrafung von Streiks ermöglichten, das Recht auf Streik aus Solidarität mit anderen Arbeiter*innen einschränkten und den gewerkschaftlich «geschlossenen Betrieb» unterbanden. Privatisierungen, Outsourcing und Deregulierung wurden oft mit dem Argument der Kostenreduzierung gerechtfertigt; die Kostenreduzierung wurde dann jedoch ausnahmslos durch Lohnunterbietungen, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Lockerungen des Arbeitsplatzschutzes erreicht.

Wesentliche Bestandteile dieser gewerkschaftsfeindlichen Gesetzgebung wurden unter New Labour beibehalten. Zwischen 2010 und 2020 intensivierten die konservativen Regierungen die Bemühungen zur Zerschlagung der organisierten Arbeitnehmerschaft noch einmal. Im Jahr 2016 wurde das Streikrecht im Zuge des Trade Union Act sogar noch weiter beschnitten. Als das Gesetz verabschiedet wurde, bezeichnete der Generalsekretär der Gewerkschaft Unite the Union, Len McCluskey, dies als «schwarzen Tag für die Arbeiter*innen».

Es ist kein Zufall, dass der Rückgang der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften – um 47 Prozent zwischen 1979 und 2014 – mit zunehmender Ungleichheit einherging. Der Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen stieg im gleichen Zeitraum um 134 Prozent.

Nach Ausbruch der Pandemie musste der Staat umgehend und großflächig intervenieren, um arbeitsunfähige Menschen und jene Unternehmen zu unterstützen, deren Betrieb nur eingeschränkt möglich war. Die Maßnahmen der Regierungen kamen jedoch nur langsam in Gang und waren zudem halbherzig und lückenhaft. Viele Menschen gerieten durch die unzureichende Unterstützung in Not, einige erhielten sogar überhaupt keine Hilfe.

Außerdem versäumte die Regierung, die staatlichen Hilfen an grundlegende Bedingungen zu knüpfen. Hierdurch stellte sie den Arbeitgeber*innen einen Freifahrtschein dafür aus, lange aus Gründen der Gewinnmaximierung gehegte Ambitionen wie Lohnkürzungen und die Untergrabung von Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die Praxis des «fire and rehire» (entlassen und wiedereinstellen) verbreitete sich rasant; dies belegt, dass viele Arbeitgeber*innen die Krise für sich ausnutzen wollen.

Aufgrund der anhaltenden Unsicherheit bezüglich der staatlichen Unterstützung wird die Arbeitslosigkeit vermutlich erstmals wieder die Höhen der 1980er Jahre erreichen. Die Alliance for Full Employment («Bündnis für Vollbeschäftigung») schätzt, dass im Laufe des nächsten Jahres anderthalb Millionen junge Menschen in die Arbeitslosigkeit abrutschen werden.

NEUES ARBEITSBESCHAFFUNGSPROGRAMM

Sofortmaßnahmen in Form eines neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms sind aus zweierlei Gründen notwendig: um unseren Lebensstandard während der Pandemie zu sichern, aber auch um den Grundstein für ein neues Wirtschaftssystem zu legen, das auf Vollbeschäftigung und einer angemessenen Wertschätzung und Entlohnung der Arbeiter*innen beruht.

Hierfür ist ein Arbeitsgarantieprogramm notwendig, das den Arbeiter*innen mindestens einen Lohn zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts oder zum von der Gewerkschaft ausgehandelten Tarif garantiert. Auch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sollen hierbei kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Bei diesen Maßnahmen geht es darum, einen anhaltenden Abschwung und die mit einer stark zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit und Armut verbundenen hohen wirtschaftlichen und sozialen Kosten zu vermeiden. In Verbindung mit dem Green New Deal können so jene gut bezahlten und qualifizierten Arbeitsplätze geschaffen werden, die für einen gerechten Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft benötigt werden.

Ein garantierter Zugang zu Arbeitsplätzen und Bildungs- bzw. Ausbildungsmöglichkeiten kann nur mit voll ausgestatteten Universitäten und Hochschulen gelingen. Dort ist das Modell des freien Marktes bereits vor Ausbruch der Pandemie komplett gescheitert – ein Großteil der Studienkredite wird niemals zurückgezahlt werden können. Nachdem nun durch die Covid-Krise ein Defizit von 2,6 Milliarden Pfund entstanden ist, stehen einige Universitäten sogar vor dem Bankrott. Dies würde Tausenden jungen Menschen ihre Ausbildungschancen verwehren und letztlich auch zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.

Die Regierung hat den Universitäten zur Aufrechterhaltung ihrer Liquidität zwar begrenzte finanzielle Unterstützung gewährt, droht aber gleichzeitig mit der Streichung von Kursen und einer Zugangsbeschränkung. Ein umfangreiches Rettungspaket ist zwingend notwendig, muss aber an Bedingungen geknüpft werden, und zwar die Vermeidung eines

Arbeitsplatzabbaus sowie die Abschaffung von prekären Arbeitsverhältnissen und von Studiengebühren. Zudem müssen Unterhalts- und Bildungsbeihilfen wieder eingeführt werden. Nur so können sich Arbeiter*innen ohne zusätzliche Hindernisse weiterqualifizieren oder umschulen lassen.

Das Arbeitsplatzsicherungsprogramm kann – sofern benötigt – leicht in ein dauerhaft verfügbares Kurzarbeitsprogramm umgewandelt werden. Unter Führung der Gewerkschaften könnte so Arbeit aufgeteilt und die Wochenarbeitszeit reduziert werden.

Die Anhebung des Mindestlohns ist eines der wichtigsten Instrumente, um die Wertschätzung der Arbeiter*innen auszudrücken und deren Arbeitsplätze rezessionsfest abzusichern. Vor der Corona-Krise war der gesetzliche Mindestlohn nicht wirklich existenzsichernd. Dessen sofortige Erhöhung auf 10 Pfund mit dem Ziel einer stufenweisen Erhöhung auf 15 Pfund pro Stunde würde nicht nur die Erwerbstätigenarmut lindern, sondern auch Geld in die Wirtschaft zurückfließen lassen. Geringverdiener*innen geben ihr Geld eher aus, statt es zu sparen.

Der mit Abstand wichtigste Weg, gute Mindestarbeitsbedingungen und einen guten Mindestlohn zu gewährleisten, sind Branchentarifverhandlungen. Mit der schnellen Einführung eines Mindestlohns im Pflegebereich könnte die chronische Unterbezahlung der Pflegekräfte überwunden werden.

Um effektive Tarifverhandlungen zu ermöglichen, müssen zuvor einige Maßnahmen ergriffen werden, zuvörderst die Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte durch die Aufhebung des Trade Union Acts von 2016 und die Überarbeitung älterer Gesetze, die das Organisationsrecht, das Streikrecht und das Recht zur Organisation am Arbeitsplatz beschneiden. Ausbeuterischer Beschäftigungspraxis muss durch ein Verbot von Null-Stunden-Verträgen und die Rückkehr zu Normalarbeitsverhältnissen entgegengewirkt werden. Ein besseres Verhältnis von Arbeits- und Ruhezeiten kann durch eine Verringerung der Arbeitszeit erreicht werden, mit dem langfristigen Ziel einer Vier-Tage-Woche und weiterer gesetzlicher Feiertage bei vollem Lohnausgleich.

GARANTIERTES GRUNDEINKOMMEN – NIEMAND DARF IN ARMUT LEBEN

Eine bessere Gesellschaft und eine stärkere Wirtschaft müssen auf einem starken Sicherheitsnetz fußen. Wenn die soziale Sicherheit dem sechstreichsten Land der Erde etwas bedeutet, darf niemand in Armut leben.

Seit über einem Jahrzehnt steigt in Großbritannien die Zahl der in Armut lebenden Menschen. Im Zuge der Sparpolitik der im Jahr 2010 gewählten konservativen Regierung kam es zur milliarden schweren Kürzung des Sozialversicherungshaushalts. Dadurch wurden Millionen Menschen in die Armut getrieben.

Das Einfrieren der Sozialhilfe bedeutete reale Einkommenskürzungen; gleichzeitig wurde vielen Menschen der Anspruch auf Unterstützung gestrichen. Die Unterstützung für Geringverdienende wurde mittels Kürzungen bei Steuerfreibeträgen, Sozialleistungen und Wohngeld ebenfalls eingeschränkt. Gleichzeitig wurde ein strengeres Auflagen- und Sanktionssystem eingeführt, das den Menschen das Leben erschwert, anstatt ihnen zu helfen.

14 Millionen Menschen werden in Großbritannien mittlerweile offiziell als arm eingestuft. Über vier Millionen Kinder müssen in Armut aufwachsen, die Altersarmut steigt wieder, drei von zehn Menschen mit Behinderung sind ebenfalls von Armut betroffen. Auch die Erwerbstätigenarmut erreicht Rekordhöhen – 70 Prozent der in Armut aufwachsenden Kinder leben in einem Haushalt mit mindestens einem arbeitenden Elternteil. Von den 14,3 Millionen als arm eingestuften Menschen leben neun Millionen in einem Haushalt mit mindestens einer arbeitenden Person.

Die britischen Sozialleistungen zählen zu den niedrigsten in Westeuropa. Die Vereinten Nationen prangern die Auswirkungen der Sparpolitik an: Die Sozialleistungen in Großbritannien seien «mutwillig gestrichen und durch ein strenges und unsolidarisches Ethos ersetzt worden». Die frühere Regierungsberaterin Louise Casey sprach davon, dass Menschen von bitterer Not bedroht sind.

Die Zahl der Selbstständigen ist in den letzten Jahren stark angestiegen, von 3,3 Millionen im Jahr 2001

auf rund fünf Millionen Anfang 2020. Viele haben keinen Anspruch auf Sozialversicherungsschutz, der fest angestellten Arbeiter*innen zusteht, andere sind scheinselfständig und arbeiten regelmäßig für dasselbe Unternehmen. Auf diese Weise vermeiden die Arbeitgeber*innen die Zahlung von Renten- und Gesundheitsbeiträgen sowie die Bereitstellung von Leistungen wie dem Krankengeld.

Bereits bei Ausbruch des Corona-Virus war offenkundig, dass das löchrige soziale Sicherheitsnetz des Vereinigten Königreichs dieser Aufgabe nicht gewachsen sein würde. Die gezwungenermaßen von der Regierung kurzfristig eingeleiteten zusätzlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen und Gehälter kamen zu spät und reichten zudem nicht aus. Außerdem sollen diese Maßnahmen bei der nächstbesten Gelegenheit wieder gestrichen werden. Die Regierung teilt hierbei zweifellos die Einschätzung des Gouverneurs der Bank of England, der dafür plädierte, die Maßnahmen wieder zu beenden, «um einen strukturellen Wandel der Wirtschaft einzuleiten».

Die Einstellung der Unterstützung ohne jeglichen Plan für einen gesteuerten Strukturwandel würde unweigerlich zu steigender Arbeitslosigkeit und letztlich zu sinkenden Einkommen und wachsender Armut führen. Die Konservativen kehren hierbei zu ihrer Haltung der 1980er Jahre zurück, nach der Arbeitslosigkeit ein Preis sei, den es zu zahlen lohne. Die Minister*innen der Regierung missachteten hierbei, dass das soziale Sicherheitsnetz laut Ökonom*innen als «automatischer Stabilisator» fungiert. Es ist ein Puffer, der nicht nur einzelne Menschen, sondern die gesamte Wirtschaft schützt und einen Einbruch der wirtschaftlichen Nachfrage verhindert.

Die Sozialhilfe muss all jenen Menschen, die nicht arbeiten können oder deren Lohn nicht zum Überleben reicht, ein existenzsicherndes Einkommen bereitstellen. Das derzeitige System erfüllt diese Aufgabe nicht. Es muss erneuert werden.

NEUAUSRICHTUNG DER SOZIALEN SICHERUNG

Unsere Kinder haben das Recht auf einen bestmöglichen Start ins Leben. Die Kinderarmut hat in den letzten Jahren jedoch stark zugenommen – begünstigt durch gewollte politische Entscheidungen. So wurden die Sozialleistungen auf die beiden ersten Kinder begrenzt, das Kindergeld wurde zunächst eingefroren und anschließend gedeckelt. Zur Bekämpfung der Kinderarmut muss das Kindergeld drastisch erhöht werden. Zudem müssen sowohl dessen Deckelung als auch die Zwei-Kinder-Grenze wieder abgeschafft werden.

Wir wollen ein Sozialsystem, das seinem Namen auch gerecht wird. Hierfür muss zunächst ein garantiertes

Mindesteinkommen etabliert werden. Für dessen Höhe gibt es bereits einige Vorschläge, darunter ein garantiertes existenzsicherndes Einkommen (*living wage*), das den Reallöhnen entspricht und auch die Wohnkosten deckt. Menschen mit Behinderung würde demnach zusätzliche Unterstützung zustehen, um ihnen ein unabhängiges Leben zu ermöglichen. Dies würde eine erhebliche Verbesserung im Vergleich zu den derzeitigen Sozialleistungen im Vereinigten Königreich darstellen und sich in etwa auf dem Niveau der Sozialleistungen in Irland, Frankreich oder Deutschland bewegen.

WOHNGARANTIE – EIN ZUHAUSE FÜR ALLE

Der Wohnungsmarkt ist eines der krassesten Beispiele für das Versagen des Marktes. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Wohnungslosen in England mehr als verdoppelt. 726 Wohnungslose starben im Jahr 2018.

Die Obdachlosen sind hierbei nur die Spitze des Eisbergs der in ganz Großbritannien grassierenden Wohnungskrise. Mittlerweile wachsen 135.000 Kinder ohne eigenes Zuhause in Notunterkünften auf.

Vor allem bei jüngeren Haushalten ist der Besitz von Wohneigentum stetig zurückgegangen – viele können sich dies schlicht nicht mehr leisten. Der durchschnittliche Hauspreis beträgt fast das Achtfache des Jahresdurchschnittseinkommens. Zudem verdrängten die Vermieter*innen zunehmend Erstkäufer*innen vom Wohnungsmarkt, da die Hauspreise bereits seit einer ganzen Generation stärker steigen als die Löhne. Nur die Wohlhabenden können sich die notwendige Anzahlung für eine Hypothek noch leisten. Im Ergebnis besitzen bei den unter 40-Jährigen knapp eine Million weniger Menschen ein eigenes Zuhause als noch in der Generation davor.

Gleichzeitig hat sich die Zahl der Mieter*innen im privaten Sektor auf 4,6 Millionen verdoppelt. Viele müssen zudem in überfüllten Wohnungen leben.

Die Kürzung des Wohngeldes hat zur Folge, dass ein geringerer Anteil der Miete durch Sozialleistungen gedeckt ist. Mieter*innen von Sozialwohnungen oder Wohnungsbaugesellschaften wurde das Wohngeld durch die sogenannte Schlafzimmersteuer zusätzlich gekürzt. Diese Steuer tritt in Kraft, wenn die Wohnung über ein vermeintlich freies Schlafzimmer verfügt. Durch die Deckelung des Wohngeldes wurden Mie-

ter*innen mit geringem Einkommen in vielen Gegenden sozial ausgegrenzt.

Im Jahr 2019 versprach die Regierung ein Verbot von Zwangsräumungen ohne vorliegendes Verschulden der Mieter*innen; sie hat bis zum heutigen Tage jedoch kein entsprechendes Gesetz auf den Weg gebracht. Mehr als drei Jahre nach der Katastrophe von Grenfell leben immer noch Tausende Menschen in Wohnungen mit brennbarer Fassade.

Zu Beginn der Pandemie gewährte die Regierung allen Hypothekengläubiger*innen einen Zahlungsaufschub, wobei man gestundete Zahlungen entweder dem Ende der Hypothekenlaufzeit anhängte oder den monatlichen Zahlungsraten aufschlug. Ein Moratorium für Zwangsräumungen wurde eingeführt und Mieter*innen und Vermieter*innen wurden aufgefordert, Rückzahlungspläne zu vereinbaren. Vermieter*innen genossen also einen beispiellosen Schutz vor finanziellen Verlusten. Das Wohngeld wurde zwar geringfügig erhöht, die Deckelung des Wohnungsgeldes und die «Schlafzimmersteuer» wurden jedoch beibehalten. Die Schuldnerberatungsstelle StepChange schätzt, dass bis Ende Mai 2020 etwa 590.000 Haushalte in Mietrückstand geraten waren.

Das vorübergehende Verbot von Zwangsräumungen endet nun – mit dem Ausblick auf großflächige Zwangsräumungen und Massenwohnungslosigkeit. Für Wohnungslose ohne festen Schlafplatz führte die Regierung ein sogenanntes Everybody-in-Programm ein. Hierbei arbeitete sie mit Hostels und Hotels zusammen, um die Menschen dort nachts unterzubringen zu können. Allerdings lief das Programm im

Mai 2020 aus, den Wohnungslosen droht also wieder ein harter Winter auf der Straße.

Aufgrund fehlender konzertierter Wohnungspolitik und der Entscheidung, die Wohnversorgung in die

Hände des Marktes zu legen, können sich Millionen Familien kein sicheres und geschütztes Zuhause mehr leisten. Ohne sofortiges und koordiniertes Handeln droht diese Zahl weiter zu steigen.

NEUAUSRICHTUNG DER WOHNUNGSPOLITIK

Wohnen muss ein Menschenrecht für alle sein, keine Investitionsmöglichkeit für einige wenige. Egal ob Hausbesitzer*innen, Pächter*innen oder Mieter*innen, jedem Menschen steht das Recht auf sicheren, geschützten und bezahlbaren Wohnraum zu.

Hierfür benötigen wir eine Neuausrichtung der Wohnungspolitik. Diese muss nicht nur die aktuelle Wohnungskrise bewältigen, sondern auch dafür sorgen, dass alle Menschen in einem würdigen Zuhause leben können.

Für Menschen ohne festen Wohnsitz müssen Notunterkünfte bereitgestellt werden; außerdem muss das Verbot von Zwangsräumungen um ein weiteres Jahr verlängert werden. Gleichzeitig müssen 8.000 zusätzliche Wohnungen für Wohnungslose geschaffen und der Mieterschutz gestärkt werden. Millionen Mieter*innen stehen nach Ende des Lockdowns vor beträchtlichen Mietschulden, da sie entweder ihre Arbeit verloren haben oder ihr Gehalt durch Zwangsurlaub oder das Job Support Scheme gekürzt wurde. Wir brauchen einen gesetzlichen Schuldenerlass für Mietschulden.

Zur Sicherstellung bezahlbaren Wohnraums muss das Wohngeld wieder 50 Prozent der lokalen Mieten abdecken. Die «Schlafzimmersteuer» und die Deckelung des Wohngeldes gilt es abzuschaffen. Die Mietpreisbindung muss wiedereingeführt und die Sicherheit des Mietverhältnisses im privaten Sektor gesetzlich verankert werden. Um die Einhaltung von Mindeststandards sicherzustellen, müssen Stadtverwaltungen zur Einführung von Vermieterlizenzen verpflichtet werden.

Der «Landlordismus», der Großgrundbesitz, stellt heutzutage ein noch größeres Übel dar als im Jahr 1907. Damals schrieb Keir Hardie: «Der Sozialismus muss den Kapitalismus und den Landlordismus abschaffen.» Wir dürfen hierbei keine neutrale Position einnehmen, sondern müssen die Vermögenssteuer sowie die Steuern auf Mieteinnahmen erhöhen. Wir brauchen neue Regelungen zur Eindämmung und Abschaffung des Landlordismus, einschließlich der Erhöhung der Kapitalertragssteuer auf Zweitwohnungen und eines Erwerbsverbots von Wohnungen durch Unternehmen. Die Anzahl der Wohnungen, die eine Einzelperson besitzen darf, muss beschränkt und das Erbbaurecht abgeschafft werden.

Um die Wohnungskrise zu beenden, brauchen wir dringend ein landesweit koordiniertes Programm zum massiven Ausbau von Sozialwohnungen und zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Dies ist Teil eines ökologischen Investitionsprogramms, das sowohl die Standards der «Null-Kohlenstoff-Häuser» als auch jene der New Decent Homes für menschenwürdiges Wohnen erfüllt. Bei bestehenden Wohnungen muss aus Sicherheitsgründen zudem die Fassadenverkleidung entfernt werden. Dies soll von Vermieter*innen und Bauträgern aus dem privaten Mietsektor finanziert werden.

Hierfür ist eine neue Behörde notwendig, die mit der Befugnis auszustatten ist, Land zu erwerben und öffentliches Land für preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dies soll in Kombination mit sogenannten «Use it or lose it»-Steuern für jene Bauträger geschehen, die massenhaft Land erwerben.

SCHULDENERLASS – VERSCHULDUNG IM IN- UND AUSLAND BEKÄMPFEN

Angesichts einer Staatsverschuldung, die weit über dem Niveau der Finanzkrise liegt, wird mit einigem Widerstand gegen einen Schuldenerlass von Privathaushalten im Inland und den Ländern des globalen Südens zu rechnen sein. Hier gilt es auf die Attlee-Regierung zu verweisen, die bei einer Verschuldung von

über 200 Prozent des BIP den staatlichen Gesundheitsdienst National Health Service (NHS) schuf, den Wohlfahrtsstaat aufbaute und den Bau von Sozialwohnungen massiv vorantrieb. Dies führte zu Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, höheren Löhnen und letztlich auch zu einem Schuldenabbau.

Während der Bankenkrise von 2008 wurden die Banken gerettet, das Finanzsystem konnte sich wieder erholen. In dieser Krise sind es die Menschen, die Unternehmen und die ärmsten Länder der Erde, denen genau die Rettungsmaßnahmen und der Schutz gewährt werden müssen, die damals den Banken zuteilwurden.

Der Shutdown der Wirtschaft führt zu Arbeitslosigkeit, dem Zusammenbruch von Unternehmen und steigender Privat- und Unternehmensverschuldung. Die Wohltätigkeitsorganisation StepChange hat errechnet, dass zwischen März und Juni 2020 4,6 Millionen Menschen vor einem «Schulden-Tsunami» und Zahlungsrückständen von mehr als sechs Milliarden Pfund standen.

Obwohl die Bank of England den Leitzins gesenkt hat, übersteigen die Zinssätze von Kreditkarten, gesicherten und ungesicherten Privatkrediten sowie Klein- und Überziehungskrediten diesen um das Zehn- oder gar Hundertfache. Auf diese Weise profitieren Banken und andere Kreditgeber oftmals auf dem Rücken ihrer weniger wohlhabenden Kund*innen. Eine Lösung hierfür ist die Deckelung der Zinssätze, etwa als Multiplikator des Basiszinssatzes der Bank of England.

Alternativ könnte zu dem Basiszinssatz der Bank of England ein Zinsfuß addiert werden. Auch könnten die Überziehungsgebühren und Zinszahlungen generell begrenzt werden.

Das Hypothekenmoratorium hat die Hypothekenlaufzeiten zwar für jene 1,8 Millionen Menschen verlängert, die ihre Hypothekenraten über mehrere Monate hinweg nicht bezahlen konnten. Im Gegenzug konnten die Kreditgeber jedoch deren Kreditwürdigkeit herabstufen.

Viele Menschen sind außerdem mit der Zahlung ihrer Nebenkosten oder Gemeindesteuern in Verzug geraten. Italien setzte die Zahlung der Nebenkosten während der Corona-Krise aus, das Vereinigte Königreich folgte diesem Beispiel jedoch nicht.

Die Regierung hat den Einsatz von Gerichtsvollziehern wiederaufgenommen. Diese treiben nicht nur Schulden im Auftrag von Kreditgebern ein, sondern auch für diejenigen, die Schuldpapiere auf dem sogenannten sekundären Schuldenmarkt erworben haben. Diese Aasgeier kaufen zu Schleuderpreisen jene Schulden, die einzutreiben andere Kreditgeber aufgegeben haben.

SCHULDENERLASSPROGRAMM FÜR DIE INLANDSVERSCHULDUNG

Nur die Regierung kann Kredite zu niedrigen Zinssätzen aufnehmen und so die Schuldenlast von Unternehmen und Privatpersonen reduzieren. Weiterhin könnte die Regierung ein Verbraucher-Äquivalent zur Finanzdienstleistungsholding UK Asset Resolution schaffen. Diese sogenannte Bad Bank kauft Banken deren Problemschulden ab, damit diese ihre Bilanzen bereinigen können.

Auf die gleiche Weise könnten Menschen ihre Problemschulden abtragen und zu erschwinglichen Zinssätzen refinanzieren. Die von einigen Kreditgebern und Gerichtsvollzieher*innen erhobenen überhöhten Zinssätze und Wuchergebühren könnten somit umgangen werden.

SCHULDENERLASSPROGRAMM FÜR DEN GLOBALEN SÜDEN

Covid-19 ist eine globale Pandemie, die nur mit globalen Lösungen bezwungen werden kann.

Einige Länder des globalen Südens haben die Corona-Krise weitaus effektiver bewältigt als das Vereinigte Königreich – mithilfe strenger Quarantänemaßnahmen und Lockdowns konnten sie schnell auf die Gefahren eines Covid-19-Ausbruchs reagieren. Andere Länder des globalen Südens leiden jedoch unter Finanzierungsengpässen und begrenzten öffentlichen Kapazitäten. Schuld hieran ist die jah-

relange Ausbeutung durch die imperialen Mächte, insbesondere durch Großbritannien. Hierdurch verloren die dortigen Regierungen wichtige Einnahmequellen, was zu einer hohen Staatsverschuldung beitrug.

Aufgrund der von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond aufgezwungenen Politik sind viele Länder nicht besonders gut für die Bewältigung der Pandemie gerüstet. Auch die Unterstützung von Militäraktionen, Sanktionsregelungen und korrupten

autoritären Machthaber durch den Westen trugen hierzu ihren Teil bei.

Der internationale Finanzmarkt muss radikal reformiert werden, einhergehend mit einem kurzfristigen Schuldenerlass durch das Vereinigte Königreich. Die G20 haben sich bereits darauf geeinigt, 76 Ländern einige ihrer Schuldenzahlungen zu erlassen. Dies betraf jedoch nur die Schulden gegenüber anderen Ländern und nicht die Schulden gegenüber internationalen Institutionen oder dem Privatsektor.

Aufgrund der zentralen Rolle der City of London im globalen Finanzwesen wäre die Unterstützung eines internationalen Schuldenerlassprogramms durch das Vereinigte Königreich ein bahnbrechender Schritt.

Die Black-Lives-Matter-Proteste haben die imperialistische Vergangenheit des Vereinigten Königreichs ebenso wie dessen Rolle im Handel von versklavten Menschen ins Rampenlicht gerückt. Ein Schuldenerlass wäre der erste Schritt in Richtung von Reparationszahlungen.

GARANTIERTE PFLEGELEISTUNGEN – AUFBAU EINES LANDESWEITEN PFLEGEDIENSTES

Sparmaßnahmen, Privatisierung und Aufsplitterungen innerhalb des staatlichen Gesundheitsdienstes NHS und im Pflegesektor haben im Vereinigten Königreich zu einer der höchsten Covid-Todesraten weltweit geführt.

Wir wollen eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung für alle Menschen sicherstellen. Deshalb benötigen wir ein Wiederaufbauprogramm für den NHS als öffentliches, universelles und umfassendes Gesundheitssystem, einhergehend mit der Gründung eines nationalen Pflege- und Betreuungsdienstes.

In den letzten zehn Jahren war der NHS von der längsten Finanzierungskrise seiner 72-jährigen Geschichte betroffen. Zu Beginn der Corona-Krise hatte der NHS über 100.000 freie Stellen zu beklagen, davon allein 40.000 in der Krankenpflege. Ursächlich hierfür waren die Streichung des Stipendiums für Krankenpfleger*innen in Ausbildung, das Sinken der Reallöhne um acht Prozent und die Auswirkungen der Maßnahmen, die Ausländer*innen zur Ausreise bewegen sollen («hostile environment»).

Vor der Pandemie verzeichneten die NHS-Krankenhäuser die längsten Wartezeiten für medizinische Notmaßnahmen seit Beginn der Aufzeichnungen. Die entsprechenden Zielvorgaben wurden seit 2016 nicht mehr erreicht, manche sogar seit 2015. Dies betrifft auch die Wartezeiten zur Behandlung von Krebspatient*innen.

Der Health & Social Care Act aus dem Jahr 2012 öffnete die Tür für Outsourcing und Privatisierung im großen Stil. Gleichzeitig fiel die Anzahl der Krankenhausbetten in NHS-Krankenhäusern zwischen 2012 und 2019 um fünf Prozent. Um Corona-Patient*innen versorgen zu können, musste die Regierung schließlich unter enormen Kosten private Krankenhausbetten anmieten. Durch die chronische Unterfinanzierung hatten die NHS-Fonds zu Beginn der Covid-19-Krise einen Schuldenberg von 13,4 Milliarden Pfund angehäuft.

Stand der NHS unter Druck, bedeutete dies auch immer eine Krise in der Pflege. Im gesamten – chronisch unterbezahlten – Pflegesektor gab es bereits vor der Krise 120.000 offene Stellen, das Pflegebudget wurde um 8 Milliarden Pfund gekürzt. Die Wohltätigkeitsorganisation Age UK schätzt, dass deshalb etwa 1,5 Millionen eigentlich pflegebedürftige Menschen keine Pflege erhielten.

Schon bevor die Pandemie das Vereinigte Königreich erreichte, hatte sich der Anstieg der Lebenserwartung drastisch verlangsamt, in manchen Gruppen fiel sie sogar. Die gesundheitliche Ungleichheit nimmt stetig zu. Der King's Fund berichtet, dass «zwischen 2015 und 2017 die Menschen in den am wenigsten sozial benachteiligten Gebieten durchschnittlich 19 Jahre länger in guter Gesundheit lebten als diejenigen in sozial benachteiligten Gebieten».

Seit der Entdeckung des ersten Covid-Falls reagierte die Regierung auf die Pandemie mit manchmal geradezu gefährlicher Selbstgefälligkeit und Inkompetenz. Zunächst setzte man auf die gefährliche Strategie der Herdenimmunität, dann folgten Fehler bei der Beschaffung von Schutzausrüstung und Versäumnisse bezüglich des Testens und der Nachverfolgung von Corona-Fällen. Keine dieser Maßnahmen wurden auch annähernd schnell genug oder im benötigten Umfang getroffen. Lockdowns wurden erst spät umgesetzt und anschließend durch deren ungestrafte Missachtung seitens hochrangiger Minister*innen und Regierungsberater*innen verwässert und untergraben.

Die inadäquate Umsetzung der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Strategien bezüglich des Testens, der Nachverfolgung und der Isolation von Kranken hat zum Tod von über Hunderttausend Menschen beigetragen, darunter auch Gesundheits- und Pflegepersonal.

NEUAUSRICHTUNG DES NHS UND DER PFLEGEDIENSTE

Wir brauchen eine Neuausrichtung des NHS und des Pflegebereichs hin zu einem staatlichen Gesundheitsdienst (Beveridge-Modell). Nur so kann der NHS wiederaufgebaut und ein landesweiter Pflege- und Unterstützungsdienst geschaffen werden.

Als oberste Priorität muss die Langzeitfinanzierung des NHS gesichert werden. So können nicht nur die Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft erfüllt, sondern auch neue Gesundheits- und Pflegekräfte eingestellt werden. Die Geringverdiener*innen dieses Sektors müssen endlich angemessen bezahlt, der Rückstau an verschobenen Operationen und verzögerter Behandlung muss endlich beseitigt werden. Dies erfordert großflächige und nachhaltige Investitionen, die weit über das momentane Engagement hinausgehen.

Der NHS leidet bereits heute unter Wartezeiten auf Rekordniveau, was durch das Corona-Virus noch verstärkt wird. Um den angesammelten Rückstau bewältigen zu können, muss der NHS die Anzahl der Krankenhausbetten wieder aufstocken und seine Kapazitäten insgesamt erhöhen. Dies wird nur mithilfe umfangreicher Investitionen möglich sein.

Die Gehälter im NHS müssen erhöht werden, um bestehende und kürzlich zurückgekehrte Mitarbeiter*innen halten und neue Auszubildende rekrutieren zu können. Das Krankenpflegestipendium soll zwar auf niedrigerem Niveau wiedereingeführt werden, die Regierung sollte hierbei jedoch einen Schritt weitergehen und sämtliche Ausbildungsgebühren in allen Gesundheitsberufen abschaffen. Der NHS leidet unter chronischem Personalmangel. Deshalb muss ein ausreichender Personalbestand auf den Krankenhausstationen von der Regierung gesetzlich festgeschrieben werden.

Um allen Einwohner*innen des Vereinigten Königreiches Zugang zu den NHS-Leistungen zu gewähren, muss der Staat außerdem die Agenda des «hostile environment» beenden, mit der Ausländer*innen zur Ausreise gedrängt werden. Denn wenn Menschen von der Kranken- und Pflegeversorgung ausgeschlossen werden, erhöht dies letztlich das Risiko für uns alle. Im NHS und in Einrichtungen der Primärversorgung dürfen keine Überprüfungen des Einwanderungsstatus stattfinden.

Zusätzlich muss in die psychische Gesundheit investiert werden, um Covid-19-Überlebende und unter

einer posttraumatischen Belastungsstörung leidendes Kranken- und Pflegepersonal angemessen behandeln zu können. Es gilt das Versprechen einzulösen, die psychische und physische Gesundheit gleichermaßen ernst zu nehmen.

Die Privatisierung des NHS muss gestoppt und dessen Leistungen müssen wieder intern erbracht werden. Der öffentliche Bedarf muss befriedigt werden, nicht die private Gier. Der Schlüssel hierzu ist die Aufhebung des Health & Social Care Act. So kann ein umfassendes und universelles Gesundheitswesen entstehen, in dem die Gesundheitsbehörden nicht mehr dazu gezwungen werden, Dienstleistungen in einem wettbewerblichen Vergabeverfahren auszuschreiben. Außerdem müssen der NHS, die soziale Versorgung und alle wichtigen öffentlichen Dienstleistungen von jeglichen zukünftigen Post-Brexit-Handelsabkommen ausgenommen sein.

Um die Beschaffungskosten für den NHS zu senken, sollte der Staat ein eigenes Generikaunternehmen gründen. Dies käme auch der Vorsorge für eine künftige Pandemie zugute. Gleichzeitig müssen Anreize für alle Pharmaunternehmen geschaffen werden, ihre Forschung auf medizinische Dringlichkeit und nicht auf Profit auszurichten.

Wir brauchen einen landesweiten Pflege- und Unterstützungsdienst, der dem NHS bezüglich Status und zur Verfügung stehender Ressourcen gleichgestellt ist. Nur so können wir den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft gerecht werden und gleichzeitig sicherstellen, dass Menschen mit Behinderung ein unabhängiges Leben führen können. Ein solcher flächendeckender Dienst kann aus progressiven Steuern finanziert werden und soll am Ort der Inanspruchnahme kostenlos sein. Die Mitarbeiter*innen wären bezüglich der finanziellen Konditionen den Kolleg*innen beim NHS gleichgestellt.

Unsere soziale und wirtschaftliche Entscheidungsfindung muss grundlegend neu ausgerichtet werden. Deshalb sollte die Regierung eine Übernahme des 2015 verabschiedeten Welsh Government's Future Generations Wellbeing Act in Erwägung ziehen. Die Gesundheit und das Wohlergehen der Bürger*innen müssen die Grundlage aller politischer Entscheidungen darstellen.

GERECHTER ÜBERGANG IN EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT

Wir befinden uns an einem Punkt, der die Zukunft nachfolgender Generationen bestimmt. Wir können uns dafür entscheiden, nach der Corona-Krise in alte destruktive Verhaltensmuster zurückzufallen, die den Planeten durch unseren hohen CO₂-Ausstoß an den Rand der Überhitzung gebracht haben. Oder wir entscheiden uns dafür, die katastrophalen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise als Chance für einen Neustart zu nutzen.

Vor dem Ausbruch des Corona-Virus äußerte sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, wie folgt über den Klimawandel: «Der Point of no Return liegt nicht länger außer Sichtweite. Er steht unmittelbar bevor.»

Die Arbeit des Weltklimarates verdeutlicht uns die dringende Notwendigkeit, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Obwohl ein Anstieg von 1,5 Grad immer noch schwere Wetter- und Temperaturveränderungen mit sich brächte, fielen die negativen Auswirkungen auf den Artenverlust und die Ökosysteme wesentlich geringer aus als bei einer noch stärkeren Erderwärmung – ebenso wie die klimabedingten Auswirkungen auf unsere Gesundheit, Ernährungssicherheit und Wasserknappheit.

Die Umweltpolitik des Vereinigten Königreiches war in den letzten Jahren absolut mangelhaft. 2018 hat der Ausschuss für Klimawandel 25 Maßnahmen für das folgende Jahr festgelegt. Ein Jahr später stellte man in einem Zustandsbericht fest, dass 24 dieser Ziele nicht erreicht wurden.

Schätzungen zufolge wird das Vereinigte Königreich das gesetzlich festgelegte Ziel zur Verringerung der Wasserverschmutzung 2021 nicht erreichen. Die Umweltbehörde bezeichnete die Umweltschutzbemühungen der Wasserversorger als «schlicht inakzeptabel».

Die Umweltschutzorganisation ClientEarth berichtete Ende 2019, dass 83 Prozent der Meldezonen innerhalb des Vereinigten Königreiches die gesetzlich festgeschriebenen Mindestwerte für die Luftverschmutzung überschritten. Selbst Werte, die bereits 2010 hätten erreicht werden sollen, liegen immer noch außer Reichweite. Jedes Jahr sterben Schätzungen zufolge 40.000 Menschen im Vereinigten Königreich frühzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung.

Die Klima- und Umweltschutzbilanz unseres Landes und der gesamten Welt ist erschreckend. Die Zukunft des Planeten ist in Gefahr.

Als Antwort hierauf haben sich 2019 viele Menschen verschiedenen Klimabewegungen angeschlossen und neue Maßnahmen gefordert. Im Vereinigten Königreich fanden drei von der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg inspirierte Schulstreiks statt, während Extinction Rebellion Massenaktionen zivilen Ungehorsams organisierte.

Der Ausbruch des Corona-Virus hat den Klimawandel an den Rand der Medienberichterstattung und der politischen Aufmerksamkeit verdrängt. Die Glasgower UN-Klimakonferenz COP26 wurde auf das Jahr 2021 verschoben. Der Klimawandel hat für die politischen Entscheidungsträger*innen nicht mehr oberste Priorität.

Gleichwohl hat der Absturz der US-Ölpreise im April 2020 – die sogar unter Null fielen – die Diskussion über einen geordneten Ausstieg aus der Produktion fossiler Brennstoffe neu entfacht. Zudem wurden Forderungen nach einem gerechten Übergang laut, einschließlich der Subventionsstreichung und eines Erschließungsstopps für fossile Brennstoffe sowie der Verstaatlichung der Ölindustrie.

NEUAUSRICHTUNG DER UMWELTPOLITIK

All dies verlangt nach einem nachhaltig agierenden Ministerium für Bau und Verkehr, mit der Aussicht auf ein Investitionsprogramm für eine saubere physische Infrastruktur in der Größenordnung des Marshallplans. Hierzu zählen etwa die verbesserte Wärmedämmung von Gebäuden, Investitionen in Naturkapital und die Erforschung und Entwicklung nachhaltiger Technologien, Energieeffizienzprogramme für den Wohnungsbestand, die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, der Ausbau von Radwegen, ein Aufforstungsprogramm und der Ausbau von Glasfaser-Breitbandanschlüssen.

Wir benötigen neue Industrien mit einem Schwerpunkt auf erneuerbare Energien, um uns aus der Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle zu befreien. Diese müssen sich in öffentlicher Hand befinden und demokratisch organisiert sein. So können wir die Arbeitslosigkeits- und die Klimakrise bewältigen und gleichzeitig die wichtigen Wasser-, Energie-, Post-, Bahn- und Breitbandinfrastrukturen in öffentliches Eigentum zurückführen. Um sicherzustellen, dass dieser Übergang nicht mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden ist, müssen die notwendi-

gen Umschulungen für die Arbeitnehmer*innen mit öffentlichen Geldern finanziert werden.

Die Zustimmung zu einer Nationalen Investmentbank, die Kredite für die Infrastruktur und für kleine und mittlere Unternehmen vergeben soll, wächst zusehends. Die übergeordneten Ziele sind hierbei eine schnelle Dekarbonisierung und die Förderung innovativer Technologien sowie die Bereitstellung von Mitteln, Know-how und Kapazitäten für grüne Projekte. Um der Dekarbonisierungsagenda privatwirtschaftliche Mittel zugänglich zu machen, muss die Bank of England mit ihren Kreditrichtlinien die Kreditvergabe für grüne Projekte fördern. Die Kreditvergabe an Projekte, die auf fossilen Brennstoffen beru-

hen, muss ausgesetzt werden. Gleichzeitig müssen die Anforderungen für eine Notierung an der Londoner Börse zugunsten von klimafreundlichen Projekten geändert werden.

Nur wenn ein «Green New Deal» auf globaler Ebene geschieht, können der Klimawandel und andere Bedrohungen effektiv bekämpft werden. Ein Schuldenerlass für die Länder des globalen Südens ist unerlässlich, damit diese ebenfalls in nachhaltige Technologien investieren können. Das Vereinigte Königreich muss diesen Ländern hierfür entwickelte Technologien umsonst – oder zumindest zu günstigen Konditionen – anbieten, auch als Akt der Wiedergutmachung für historisches Unrecht.

UNSERE WIRTSCHAFT GEHÖRT ALLEN – RECHTE VON MIGRANT*INNEN STÄRKEN

Die Rolle der Wirtschaft sollte darin bestehen, uns allen ein erfolgreiches und erfülltes Leben zu ermöglichen. Die Ausgrenzung von Migrant*innen von der Teilhabe und den Vorteilen am wirtschaftlichen Leben untergräbt diese Richtlinie.

Die Gewährleistung der Rechte von Migrant*innen und das Beenden dieser Ausgrenzung bescheren uns letztlich allen ein Gefühl von Sicherheit. Auch spiegelt es unser Bekenntnis zum Internationalismus wider. Dieser steht für die Freizügigkeit aller Menschen – und nicht ausschließlich für die reichen Menschen dieses Planeten. Wir erkennen an, dass Migration ein Ergebnis globaler Ungleichheit darstellt, zu der das Vereinigte Königreich maßgeblich beigetragen hat.

Rassistische politische Maßnahmen wie die der «hostile environment» sind ein Angriff auf die Würde der in dieses Land eingewanderten Menschen. Seit langer Zeit existiert ein regelrechtes System an Maßnahmen und Gesetzen, die Migrant*innen zu Menschen zweiter Klasse degradieren: Internierungslager, diskriminierende Polizeiarbeit, Abschiebeflüge und eingeschränkter Zugang zu Arbeit, Wohnraum und öffentlichen Dienstleistungen. All dies ist das Resultat der Beteiligung des Vereinigten Königreiches an einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung, die durch Mauern und Grenzen geschützt und abgeschottet wird.

Diese Politik ist das Ergebnis von Imperialismus und Rassismus im Vereinigten Königreich der Vergangenheit und Gegenwart, was auch von den Black-Lives-Matter-Protesten der letzten Monate angeprangert wurde.

Als sich das Corona-Virus im Februar und März 2020 im Vereinigten Königreich ausbreitete, hatten Men-

schen ohne britische Staatsbürgerschaft nur eingeschränkter Zugang zu sozialer Unterstützung, konnten sich nicht wirksam selbst isolieren und so effektiv vor einer Ansteckung mit dem Virus schützen. Durch die Einreisebedingung «No Recourse to Public Funds» wird diesen Menschen der Zugang zu wichtigen öffentlichen Dienstleistungen verwehrt. Trotz Berichten über Ausbrüche des Virus wurden Migrant*innen weiterhin für unbestimmte Zeit in Internierungslagern festgehalten, ohne dort über die Regeln bezüglich des Social Distancing unterrichtet zu werden. Zudem gibt der zunehmend schlechte psychische Zustand der dort untergebrachten Menschen Anlass zur Sorge.

Die Anzahl der Hassverbrechen gegenüber Menschen mit chinesischem oder ostasiatischem Erscheinungsbild hat sich zwischen Januar und März 2020 verdreifacht. Aufgrund der Reisebeschränkungen konnten viele Migrant*innen nicht in ihre Heimat zurückkehren. Darüber hinaus müssen Nicht-EU-Bürger*innen astronomische Gebühren wie die «Immigration Health Surcharge» (ein Gesundheitszuschlag, um vermeintlichen «Medizintourismus» zu stoppen) entrichten, nur um weiter hier leben und arbeiten zu können – wohlgedemert zusätzlich zu jenen Steuern, die sie genau wie britische Staatsbürger*innen zahlen müssen.

Aktivist*innen setzten die konservative Regierung jedoch derart unter Druck, dass die Visa von Nicht-EU-Pflege- und Gesundheitspersonal um ein Jahr verlängert wurden. Zwischen März und April 2020 wurden 700 Insassen aus den Internierungslagern entlassen, zudem sorgte eine erfolgreiche Anfechtungsklage für einige Ausnahmen bei den Regeln des «No Recourse to Public Funds». Doch auch dies

konnte weitere Ungerechtigkeiten und menschliche Tragödien nicht verhindern.

Obwohl durch die Corona-Krise deutlich aufgezeigt wurde, dass wir die Arbeit der sogenannten Geringqualifizierten mehr wertschätzen müssen, führte die Regierung im Mai 2020 ihr Einwanderungsgesetz ein. Das Gesetz erschwert genau diesen «Geringqualifizierten» die Einreise ins Vereinigte Königreich, da sie die dort festgelegte Gehaltsschwelle oftmals nicht erreichen.

Das sogenannte punktebasierte Einwanderungssystem der Regierung erschwert den Zugang zu legalen und flexiblen Möglichkeiten der Migration. Wird den Menschen die Möglichkeit eines gesicherten rechtmäßigen Aufenthaltsstatus genommen, werden sie zunehmend in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und die moderne Sklaverei getrieben. Verschärfte Außengrenzkontrollen auf der ganzen Welt erhöhen die Gefahr einer einwanderungsfeindlichen Politik und Rhetorik. Wir brauchen eine Strategie, um der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken.

Die Black-Lives-Matter-Bewegung (BLM) hat zudem die Rolle des Strafrechtssystems bei der Ausgrenzung von Menschen aus der Gesellschaft und dem wirtschaftlichen Leben offengelegt. Die Reaktionen auf die BLM-Proteste haben uns den Rassismus, den Klassismus und die Unmenschlichkeit des Strafrechtssystems in diesem Land vergegenwärtigt.

Vorzeitige Gefängnisentlassungen während der Pandemie haben gezeigt, dass viele Inhaftierte besser

resozialisiert werden können, wenn sie ihre Fähigkeiten und persönliche Stabilität innerhalb der Gesellschaft wiederaufbauen können.

Die «Wegsperrmentalität» sitzt in der Gesellschaft jedoch tief. Um mit dieser Denkweise zu brechen, brauchen wir ein sofortiges Moratorium für den Neubau von Gefängnissen. Gruppierungen, die sich für eine Reform der Drogenpolitik, den Stopp von Schulausschlüssen und die Abschaffung von Jugendhaftanstalten einsetzen, müssen dringend unterstützt werden. Zudem gilt es, die Befugnisse der Polizei zu hinterfragen, einschließlich der verdachtsunabhängigen Personenkontrollen. Weiterhin muss die Frage gestellt werden, ob die Unterstützung von Menschen, die eigentlich eine individualisierte Form der sozialen Unterstützung benötigen, der Polizei überlassen werden sollte. Gleichzeitig müssen wir uns des existierenden Rassismus in unserem auf Bestrafung ausgelegten öffentlichen Dienstleistungssystem bewusst werden.

Sowohl die Polizei als auch das Gefängniswesen versuchen seit Jahrzehnten vergeblich, systembedingte soziale Schäden zu beheben. Damit dies gelingen kann, müssen wir vermehrt in eine universelle Grundversorgung investieren. Die Schriftstellerin Amna Akbar fordert hierfür eine «Invest-Divest»-Strategie, in der Ausgaben zugunsten einer sozialen Grundversorgung umverteilt werden. Die momentane Krise bietet die Chance, wirksame Lösungen zur Behebung sozialer Schäden zu entwickeln und deren Ursachen anzugehen.

RESET-PROGRAMM FÜR GERECHTIGKEIT FÜR MIGRANT*INNEN

Wir müssen eine breite Debatte über die historische Rolle des Vereinigten Königreiches in der Weltpolitik anstoßen, und auch darüber, inwiefern diese unsere heutige politische Herangehensweise – insbesondere in der Migrationspolitik – immer noch beeinflusst.

Die imperiale Geschichte dieses Landes muss verstärkt in die Lehrpläne der Schulen integriert werden. Politische Bildung muss effektiv genutzt werden, um die Verbindungen zwischen dem Rassismus der Vergangenheit und dem heutigen Einwanderungssystem aufzuzeigen, verkörpert etwa durch den Windrush-Skandal.

Ein Ansporn für eine breitere politische Debatte sollte beispielsweise der Beitrag sein, den Migrant*innen während der Corona-Krise geleistet haben. Dieser schlägt sich sowohl in der Gesellschaft und Wirtschaft, aber auch in der Kultur nieder. Wieder einmal

wurde deutlich, dass Migrant*innen eine unverzichtbare Rolle im gesamtgesellschaftlichen Leben des Vereinigten Königreiches zukommt.

Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Politik keine falschen Narrative über «verdienstvolle» oder «unwürdige» Migrant*innen streut. Der Zugang zu Sozialleistungen sollte Migrant*innen gewährleistet sein, weil sie Menschen sind, und nicht aufgrund ihres Beitrags zur Gesellschaft.

Unsere Ziele sind somit klar und berufen sich auf den «Keine-Vorbehalte-Ansatz», wie er von der Schriftstellerin Maya Goodfellow propagiert wird. Wir müssen uns um die unmittelbaren Probleme kümmern, denen sich Migrant*innen ausgesetzt sehen.

Zu unseren Forderungen gehören die komplette Abschaffung des Programms «No Recourse to Public Funds», die Schließung von Abschiebege-

fängnissen, die Beendigung des Terrorismuspräventionsprogramms «Prevent duty», ein sofortiger Abschiebestopp, die Beendigung des Datenflusses zwischen Polizei und öffentlichen Diensten, ein besserer Rechtsbeistand für Migrant*innen und die Abschaffung des Gesundheitszuschlags für alle

Migrant*innen. Das Recht auf Arbeit für Asylsuchende muss wiederhergestellt werden. Gleichzeitig müssen progressive Bewegungen – einschließlich der Gewerkschaften – Wege zur Öffnung des Arbeitsmarktes für Menschen ohne Aufenthaltsstatus ebenso unterstützen wie deren Entkriminalisierung.

WIE BEZAHLEN WIR DIE ZUKUNFT?

Einige Minister*innen der Regierung säen mittlerweile Panik in Bezug auf die Finanzierung der durch die Pandemie verursachten Kosten. Manche erwägen gar eine Rückkehr zur rigiden Sparpolitik, inklusive Kürzungen im öffentlichen Dienst und bei den Gehältern.

Dabei müssen wir eigentlich über ganz andere Dinge debattieren: Wie beseitigen wir die massive Ungleichheit, die durch die Pandemie offengelegt und sogar noch verschlimmert wurde? Wie nutzen wir die Ressourcen dieses Landes, um in eine wachsende und zugleich nachhaltige Wirtschaft zu investieren?

NEUAUSRICHTUNG DER STEUERPOLITIK

Sowohl unser Steuersystem als auch unser Finanzsystem müssen reformiert werden. Wir schlagen hierfür ein Fünf-Punkte-Steuerreformprogramm vor, das die Gewinner*innen der Krise zur Kasse bittet. So kann nicht nur etwas gegen die grotesk anmutende Ungleichheit innerhalb unserer Gesellschaft getan, sondern auch die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen sichergestellt werden.

Als Erstes soll eine Übergewinnsteuer für alle Unternehmen eingeführt werden. Diese sollen während der Krise über einen festgelegten Zeitraum hinweg auf dem Niveau eines festgeschriebenen angemessenen Gewinns oder in Verhältnismäßigkeit zu früheren Gewinnen besteuert werden. Ausgenommen hiervon sind kleine Unternehmen.

Zweitens soll eine Gesamtkonzernbesteuerung eingeführt werden. Im Zuge dessen sollen multinationale Unternehmen künftig danach besteuert werden, wo deren Produktion und Wertschöpfung tatsächlich stattfinden und nicht wo sie ihre Einnahmen und Gewinne verbuchen. Die globalen Gewinne eines multinationalen Konzerns sollen in Zukunft in einem Maße besteuert werden, das dem Anteil ihres Umsatzes im Vereinigten Königreich entspricht. Auch die hier bereitgestellten Arbeitsplätze und die inländischen unternehmerischen Tätigkeiten gilt es dabei zu berücksichtigen. Konservativen Schätzungen zufolge

können so etwa sechs Milliarden Pfund eingenommen werden.

Drittens soll die künstliche Trennung zwischen Kapitalgewinnen und Einnahmen aufgehoben werden. Diese sollen zukünftig nach dem gleichen Satz besteuert werden; dadurch würden im fünften Jahr nach Einführung 14 Milliarden Pfund generiert. Kapitalgewinne sind lediglich anders verpackte Erlöse. Der Einkommensanteil des reichsten Prozents ist unter Berücksichtigung der Kapitalgewinne seit 1996 doppelt so stark gestiegen wie erwartet.

Viertens soll die Einkommensteuer erhöht werden. Die Wiedereinführung eines Steuersatzes von 45 Prozent ab einem Jahreseinkommen von 80.000 Pfund und eines Spitzensteuersatzes von 50 Prozent ab einem Jahreseinkommen von 125.000 Pfund würde Mehreinnahmen von 5,4 Milliarden Pfund bedeuten. Und schließlich soll mit einer Reihe von Maßnahmen die Steuervermeidung bekämpft werden: mit einem öffentlichen Register für Trusts, größerer Transparenz für Geschäfte in den ehemaligen britischen Kronkolonien und Überseegebieten, der Ersetzung der ineffektiven Anti-Steuervermeidungsrichtlinie der Regierung, einem härteren Vorgehen gegen diejenigen, die Steuervermeidung und Steuerhinterziehung erst möglich machen, gezielteren Prüfungen durch die Steuer- und Zollbehörde HMRC, der Abschaffung

des Non-Dom-Status,² mit öffentlicher Einsicht in das Country-by-Country-Reporting³ im Vereinigten Königreich und einer gerechten Besteuerung von Trusts. Außerdem muss ein Gesetz zur Transparenz von Auslandskrediten beschlossen werden, um

Steuerschulplöcher zu schließen und die internationale Steuergerechtigkeit zu unterstützen. Ziel ist die Mobilisierung einer Massenbewegung für Steuergerechtigkeit nach dem Vorbild der UK-Uncut-Bewegung.

NEUSTART FÜR DIE FINANZPOLITIK

Regierung und Zentralbank haben keine Mühe gescheut, um den Finanzsektor, insbesondere den Aktienmarkt, mit ihren Interventionen zu schützen. Einige Hedgefonds haben durch erfolgreiche Konjunkturwetten massiv von der Krise profitiert. Es ist Zeit für eine konsequente Reform des Finanzsektors, die sowohl dessen Regulierung als auch die Bereitstellung von Finanzmitteln für Investitionen in eine nachhaltige Wirtschaft ermöglicht.

Vor dem Hintergrund anhaltender Schwankungen des Marktes muss eine geringe Abgabe für eine begrenzte Zahl von Gewerben eingeführt werden, um so den Finanzhandel zu stabilisieren und zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Angesichts des Versagens der bestehenden Regulierungsstrukturen – einschließlich der Finanzmarktaufsichtsbehörde – bedarf es außerdem strengerer Regeln und einer Demokratisierung der Finanzmarktregulierung. Dies soll etwa Bereiche wie das Schattenbankwesen, Leerverkäufe, Hedgefonds, Asset-Management, außerbörsliche Unternehmensbeteiligungen und das «Greenwashing» einer stärkeren Kontrolle unterziehen.

Die Banken bevorzugen bei ihrer Kreditvergabe den Immobilienmarkt, statt nachhaltige Wachstumssektoren zu fördern. Dieses Ungleichgewicht muss beseitigt werden. Die Bank of England muss mit ihren

Kreditrichtlinien die Kreditvergabe an grüne und produktive Branchen aktiv fördern.

Das Vereinigte Königreich spielt zudem eine wichtige Rolle bei der Reform des Weltfinanzmarktes. Derzeit verhindern ein Geflecht aus Handels- und Investitionsabkommen sowie das Gebaren der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Verabschiedung entschiedener und wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und des Klimawandels.

Die Handelsabkommen müssen überarbeitet werden, auch um das bislang bestehende Streitschlichtungssystem zu streichen, von dem meist nur die Investor*innen profitieren. Der Gebrauch dieser Klauseln in zukünftigen Handelsabkommen muss verhindert werden.

Das Versagen der Weltbank und des IWF, wirksame Maßnahmen für einen Schuldenerlass und gegen den Kapitalabfluss aus den Ländern des globalen Südens zu ergreifen, verlangt nach massiven Reformen. Kommt eine solche Reform nicht zustande, müssen diese Gremien durch internationale Institutionen ersetzt werden, die besser dazu in der Lage sind, progressive Besteuerung, soziale Unterstützungsprogramme, Reparationszahlungen und Umweltmaßnahmen durchzusetzen.

2 Abkürzung für *Non-domiciled*, einen Status in Großbritannien, mit dem trotz Ansässigkeit keine Abführung von Steuern anfällt (engl. «resident but not domiciled for tax purposes»).

3 Im Rahmen des Country-by-Country-Reporting (länderbezogener Berichte) erhalten Finanzbehörden zusätzliche Informationen zu grenzüberschreitenden Konzernstrukturen, um insbesondere multinational tätige Konzerne besser prüfen zu können.

WIE GEHT ES WEITER?

Die Pandemie hat unsere Gesellschaft und unser Wirtschaftssystem auf eine harte Belastungsprobe gestellt. Die Menschen sahen ihre Gesundheit und ihre Lebensgrundlagen bedroht, was sowohl ein Gefühl der Verwundbarkeit als auch das Bedürfnis nach mehr Sicherheit verursachte. Die Menschen spüren, dass ihnen die Kontrolle über ihr eigenes Leben und ihre Zukunft entzogen wird. Die Entscheidungen hierüber werden in den Hinterzimmern der Politik gefällt. Das Bedürfnis, endlich wieder ein normales Leben führen zu können, ist nur allzu verständlich.

Wir können jedoch keine Rückkehr zu einer Normalität akzeptieren, die eine solch dysfunktionale Gesellschaft hervorgebracht hat – eine Gesellschaft mit einem Gesundheitswesen, das in keiner Weise auf die Pandemie vorbereitet war und das Familien sofort in finanzielle Nöte brachte.

In Krisen wie dieser obliegt es uns Progressiven, die Verantwortung zu übernehmen und zu handeln. Wir müssen unsere Communities vor diesen unmittelbaren Gefahren und Strapazen schützen. Wir müssen aber auch die Gelegenheit nutzen, ein neues Gesellschaftssystem zu etablieren. Wir müssen die Zukunft gestalten.

In der Praxis bedeutet dies zunächst, die zahlreichen Aktionen und Bewegungen zu mobilisieren und zu unterstützen, die sich an vorderster Front gegen die wirtschaftlichen Auswirkungen des Virus engagieren.

Dies beinhaltet:

1. die Unterstützung der Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und Lohnkürzungen durch die Arbeitgeber*innen;
2. die Unterstützung der Kampagne für einen existenzsichernden Mindestlohn und angemessene Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall;
3. Solidarität mit von Zwangsraumdung bedrohten Mieter*innen;
4. den Zusammenschluss mit Gruppierungen, die sich für eine Beendigung des Programms «No Recourse for Public Funds» und die Schließung von Internierungslagern einsetzen;
5. die Unterstützung des UK-Uncut-Modells und der Aufbau einer neuen Massenkampagne für Steuergerechtigkeit;

6. die Zusammenarbeit mit der Black-Lives-Matter-Bewegung;

7. und schließlich alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Bedrohung durch den Klimawandel in den Mittelpunkt unserer Forderungen zu stellen.

Im Mittelpunkt unserer derzeitigen Kampagne muss zudem die Debatte über die Ausarbeitung einer Vision für eine neue Gesellschaft und die Herausarbeitung des damit einhergehenden politischen Fortschritts stehen.

Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der die Grundbedürfnisse aller Menschen durch eine gesetzlich festgeschriebene universelle Grundversorgung gedeckt und finanzielle Belohnungen nach sozialem und nicht nach wirtschaftlichem Wert ausgegeben werden, in der die Gemeinschaft gefördert und nicht gespalten und die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt gestellt wird.

Zunächst fordern wir eine Neuausrichtung unseres Wirtschaftssystems, mit vier grundlegenden Garantien für alle Menschen: das Recht auf einen Arbeitsplatz, ein Mindesteinkommen, ein Zuhause sowie medizinische Behandlung und pflegerische Versorgung. Hinzu kommen ein Schuldenerlass für Migrant*innen und die Stärkung ihrer Rechte. Hierbei lassen wir uns von früheren Bewegungen inspirieren, die ihrerseits einen Systemwechsel herbeiführen konnten.

Während des Zweiten Weltkrieges blickten die Progressiven auf die Große Depression der 1930er Jahre zurück und erklärten entschlossen: «Nie wieder!» Nach dem Ende des Krieges begannen sie damit, eine neue Gesellschaft zu errichten. Zunächst haben sie diese nur erträumt, dann darüber debattiert und schließlich diese neue Gesellschaft erfolgreich geplant. Es liegt nun an uns, inmitten der gegenwärtigen Krise die Menschen in ihren Träumen, Hoffnungen und Plänen für eine neue Gesellschaft zu inspirieren, uns für diese einzusetzen und sie zu gegebener Zeit zu verwirklichen.

Es ist an der Zeit, die Zukunft zu gestalten.